

LTWP-3-675

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Okka Senst (KV Rhein-Hunsrück)

Verfahrensvorschlag: Übernahme

Titel: **LTWP-3-675: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Von Zeile 680 bis 682:

Bundesebene ein, damit geflüchtete Frauen und Kinder in Not in Rheinland-Pfalz eine sichere Zukunft haben. ~~Wir stehen zum Instrument der Härtefallkommission und setzen uns weiter für die Akzeptanz des Kirchenasyls ein.~~

Wir wollen, dass besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig erkannt und gut begleitet werden. Dazu gehören verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen, ein systematisches Screening auf Schutzbedarfe und eine starke psychosoziale Versorgung mit verlässlicher Finanzierung. Durch die datenschutzkonforme Weitergabe von Informationen an die Kommunen sichern wir Kontinuität in der Unterstützung.

Wir stehen zum Instrument der Härtefallkommission und setzen uns weiter für die Akzeptanz des Kirchenasyls ein.

Unsere Zivilgesellschaft wird durch vielfaches Engagement gestärkt. Engagierte in der solidarischen Flüchtlingsarbeit und in der Demokratiearbeit sind in hohem Maße von Hasskriminalität betroffen. Auch andere Personengruppen erleben zunehmend Angriffe.

Wir etablieren neue psychosoziale Angebote für Opfer von Hasskriminalität.

Begründung

q.) Der Abschnitt ergänzt das Programm um einen klaren menschenrechtlichen Schwerpunkt. Rheinland-Pfalz hat beim Schutz **besonders schutzbedürftiger Geflüchteter** bereits wichtige Schritte unternommen, doch in der praktischen Umsetzung bestehen weiterhin Lücken. Mit verbindlichen Gewaltschutzkonzepten, systematischem Screening und einer verlässlich finanzierten psychosozialen Versorgung wollen wir diese schließen und den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. So schaffen wir Sicherheit, Kontinuität und Qualität in der Unterstützung von Anfang

1.) Wir Grünen in RLP haben bereits analysiert, dass es ein großes Problem mit Hasskriminalität gibt. Im Bereich psychosozialer Hilfe bestehen weiterhin Lücken der Unterstützung: Besonders Menschen, die sich für Demokratie, Vielfalt und Solidarität engagieren, sind zunehmend Zielscheibe von Angriffen und Bedrohungen. Um sie nachhaltig zu stärken und zu verhindern, dass sie sich entmutigen lassen, wollen wir spezialisierte psychosoziale Angebote ausbauen und besser vernetzen. So sichern wir demokratisches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt..

Unterstützer*innen

Ute Ernst (KV Neuwied), Obada Barmou (KV Germersheim), Carsten Stumpenhorst (KV Trier), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Leonie Weber (KV Alzey-Worms), Henning Singer (KV Südliche Weinstraße), Natalie Lochmann (KV Mainz), Jutta Niel (KV Rhein-Lahn), Joey Isted (KV Rhein-Hunsrück), Tanja Paschek (KV Rhein-Hunsrück), Fernando Andia Cochachi (KV Trier), Christina Flick (KV Birkenfeld), Corinna Rüffer (KV Trier), Andrea Fleischer (KV Rhein-Pfalz), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Annika Girmann (KV Koblenz), Armin Grau (KV Rhein-Pfalz), Christoph Jacky (KV Südliche Weinstraße), Marie Dudzik (KV Mainz), Fabian Frank (KV Trier), Christian Büning (KV Rhein-Hunsrück), Astrid Ruppenthal (KV Birkenfeld), Rainer Bos (KV Rhein-Hunsrück), Susanne Großpietsch (KV Frankenthal), Markus Seemann (KV Neuwied), Christin Fernholz (KV Mainz), Shiva Shafahi (KV Westerwald)